

1 Positionspapier der Jungen Union Südbaden vom 27.02.2024

2 Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

3
4 **I. Einleitung**

5 Die Menschheit steht vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte – dem
6 Klimawandel. In einer Zeit, in der die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf unseren
7 Planeten immer deutlicher werden, ist es unerlässlich, dass die Europäische Union (EU) ihre
8 Verantwortung wahrnimmt und energische Maßnahmen ergreift, um den Klimawandel
9 einzudämmen und die Energieversorgung nachhaltig zu gestalten. Mit Blick auf die bereits
10 verabschiedeten Ziele und Papiere auf EU-Ebene sowie die drängende Notwendigkeit, rasch
11 zu handeln, fordern wir, die JU Südbaden, eine verstärkte gemeinsame Anstrengung, um die
12 Zukunft unseres Planeten zu sichern.

13 Die EU hat sich bereits ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz und die Energiewende gesetzt. Das
14 Pariser Abkommen von 2015 legte den Grundstein für die internationale Zusammenarbeit zur
15 Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius über dem
16 vorindustriellen Niveau.¹ Die EU hat sich daraufhin dazu verpflichtet, bis 2030 ihre
17 Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent zu reduzieren und den Anteil
18 erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf mindestens 32 Prozent zu erhöhen. Darüber
19 hinaus wurde mit dem European Green Deal eine ehrgeizige Strategie verabschiedet, die
20 Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll.

21 Die Dringlichkeit dieser Ziele kann nicht überbetont werden. Der Klimawandel hat bereits
22 verheerende Auswirkungen auf Ökosysteme, Gemeinschaften und Volkswirtschaften weltweit.
23 Von extremer Hitze und steigendem Meeresspiegel bis hin zu Naturkatastrophen und
24 Nahrungsmittelknappheit – die Folgen des Klimawandels sind allgegenwärtig und werden
25 zunehmend schwerwiegender.

26 Ein schnelles, strategisches, gemeinsames Handeln in diesem Feld hat oberste Priorität. Es
27 erfordert nicht nur die Umsetzung bereits festgelegter Ziele, sondern auch die ständige
28 Überprüfung und Verschärfung von Maßnahmen, um den Anforderungen einer sich schnell
29 verändernden Welt gerecht zu werden.

30 Dieses Positionspapier ruft zu einer verstärkten gemeinsamen Anstrengung auf, um die
31 Energie- und Klimaziele der EU zu erreichen und den Übergang zu einer nachhaltigen und
32 kohlenstoffarmen Zukunft zu beschleunigen. Die Dringlichkeit des Klimawandels erfordert eine
33 kollektive Antwort, die über politische Grenzen hinweggeht. Es ist an der Zeit, unsere
34 Verpflichtungen zu erfüllen, den Wandel anzuführen und unseren Planeten für kommende
35 Generationen zu schützen.

36
37

¹ https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf aufgerufen am 09.09.2023, 19:00 Uhr.

38 **II. Bestandsaufnahme Energiebezug, Klimaschutz, Technik und Infrastruktur in der**
39 **Europäischen Union**

40 **a. Energiebezug**

41 Die Haltung der Europäischen Union zum Energiebezug hat sich in den vergangenen Jahren
42 verdeutlicht: Die Mitgliedstaaten sollen auf erneuerbare Energien bauen, vor allem Solar- und
43 Windkraft, es soll ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleenergiegewinnung vollzogen werden
44 und gleichzeitig hat die europäische Union Atom- und Gaskraftwerke als klimafreundlich
45 eingestuft.²

46 Aufgrund dieser entschiedenen Position – so sollte man meinen – müssten die Mitgliedstaaten
47 ähnliche Strategien und Quellen bei ihrer Energiegewinnung verfolgen. Die Realität sieht
48 jedoch anders aus: Der Energiebezug in der Europäischen Union, genauer gesagt in den 27
49 Mitgliedstaaten, stellt einen Flickenteppich dar.

50 Allgemein kann gesagt werden, dass der Anteil erneuerbarer Energien in den Mitgliedstaaten
51 im Schnitt bei ca. 10 Prozent liegt.³ Eine Gemeinsamkeit der Mitgliedstaaten besteht darin,
52 dass fast jeder Mitgliedstaat den fossilen Energieträger Öl als eine der Hauptenergiequellen
53 nutzt.⁴ Danach teilt sich der Energiebezug in die Präferenzen der jeweiligen Mitgliedstaaten
54 auf: Während Frankreich 43 Prozent seiner Energie aus Atomkraft gewinnt, setzen Polen (49,
55 5%) und Deutschland (24,9%) auf Energie, die aus Kohle gewonnen wird.⁵ Italien nutzt gar
56 keine Atomenergie, in Deutschland sind es lediglich 7,1 %.⁶

57 Dieser Flickenteppich aus einander teils diametral entgegenstehenden Energiepolitiken erklärt
58 sich durch Art. 194 II AEUV: Zwar begründet dieser die Kompetenz der Europäischen Union,
59 Harmonisierungsmaßnahmen für eine gemeinsame Energiepolitik zu erlassen, jedoch hebt
60 Art. 194 II 3 AEUV diese Kompetenz fast weitgehend aus. Darin heißt es:

61 *„Diese Maßnahmen berühren unbeschadet des Artikels 192 Absatz 2 Buchstabe c nicht das*
62 *Recht eines Mitgliedstaats, die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine*
63 *Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner*
64 *Energieversorgung zu bestimmen.“*

65 Die Kompetenz, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen, verbleibt also bei den
66 Mitgliedstaaten. So groß der Wille der Europäischen Union für eine gemeinsame Energiepolitik
67 auch ist – die Kompetenz zum Erlass von Harmonisierungsmaßnahmen wird durch Art. 194 II
68 3 AEUV im Prinzip zunichte gemacht, mit dem Ergebnis, dass jeder Mitgliedstaat nach freiem
69 Belieben seinen eigenen Energiemix bestimmt.

² <https://www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/509723/vorreiter-eu-die-europaeische-klimapolitik/> aufgerufen am 23.08.2023, 16.20 Uhr.

³ https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy_balances/enbal.html?geo=EU27_2020&unit=KTOE&language=EN&year=2021&fuel=fuelMainFuel&siicc=TOTAL&details=0&chartOptions=0&stacking=normal&chartBal=&chart=&full=0&chartBalText=&order=DESC&siiccs=&dataset=nrg_bal_s&decimals=0&aggregates=0&fuelList=fuelElectricity,fuelCombustible,fuelNonCombustible,fuelOtherPetroleum,fuelMainPetroleum,fuelOil,fuelOtherFossil,fuelFossil,fuelCoal,fuelMainFuel aufgerufen am 23.08.2023, 16.48 Uhr.

⁴ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/75140/energiemix-nach-staaten/> aufgerufen am 23.08.2023, 16.53 Uhr.

⁵ Ibid.

⁶ Ibid.

70 Die oben genannten Beispiele verdeutlichen, wie verschiedene EU-Länder auf
71 unterschiedliche Technologien setzen, um ihre Energiebedürfnisse zu decken. Während es
72 wichtig ist, auf die jeweiligen Ressourcen und Stärken eines Landes zu setzen, ist es ebenso
73 essentiell, technologieoffen zu sein. Oftmals führen festgefahrene Denkmuster, Ideologien und
74 eine einseitige Konzentration auf eine bestimmte Technologie zu Herausforderungen, sei es in
75 Bezug auf Versorgungssicherheit, Umweltauswirkungen oder wirtschaftliche Aspekte.

76 Die Technologieoffenheit ermöglicht es Ländern, von den Erfahrungen anderer zu lernen,
77 Synergien zu schaffen und auf vielfältige Lösungen zurückzugreifen. Sie erlaubt auch eine
78 flexiblere Anpassung an sich ändernde Bedingungen und technologische Entwicklungen. Ein
79 **ausgewogener Energiemix**, der **verschiedene erneuerbare und fortschrittliche Technologien**
80 einschließt, wird der beste Weg sein, um den zukünftigen Energie- und Umweltaforderungen
81 gerecht zu werden.

82 Dass jeder der 27 EU-Mitgliedsstaaten eine eigene Energiepolitik verfolgt, steht in der Theorie
83 dem Erreichen der Klimaziele nicht entgegen, schließlich sollte es keine Rolle spielen, auf
84 welche Energiequellen die Mitgliedsstaaten im Einzelnen setzen, solange sie am Ende ihre
85 Emissionsziele einhalten. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Zum einen geht die
86 Transformation in einigen Mitgliedsstaaten schlicht nicht schnell genug voran. Und zu anderen
87 werden durch die mangelnde Gesetzgebungskompetenz der EU Synergieeffekte, Vernetzung
88 und Effizienzsteigerung verhindert, siehe dazu unten den Abschnitt „Technologie“.

89 **b. Klimaschutz**

90 Der AEUV hat dem Themengebiet „Klima“ in den Artikeln 191, 192 AEUV besondere
91 Bedeutung zugeschrieben. Art. 192 I AEUV begründet die Kompetenz der Union,
92 Harmonisierungsmaßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes vorzunehmen.

93 Auch hier werden aber regionale und damit nationale Besonderheiten in großem Umfang
94 berücksichtigt (Art. 191, 192 AEUV): Wird die Union ermächtigt, eine einheitliche Klimapolitik
95 in bestimmten Bereichen zu erlassen, wird diese Kompetenz stets durch den Anspruch der
96 Regionen auf Sonderbehandlungen eingeschränkt. Dies hemmt naturgemäß die
97 Harmonisierung.

98 In puncto konkreter unionaler Klimaschutz hat die Europäische Union mit dem European
99 Green Deal das Ziel deklariert, bis 2050 klimaneutral zu werden und in diesem Prozess
100 „niemanden zurückzulassen.“⁷ Diese Ziele sollen sowohl auf nationaler als auch auf
101 europäischer Ebene durch Richtlinien und Verordnungen umgesetzt werden.

102 Einen großen Beitrag dazu leistet der CO²-Zertifikatehandel, der als Anreiz für die Reduzierung
103 von CO²-Emissionen dienen sollen.⁸ In den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft
104 sowie Abfall und kleinere Industrieanlagen, die nicht in den Zertifikatehandel mit einbezogen
105 sind, wurden Vorgaben zur Reduktion von Treibhausgasemissionen geschaffen.⁹ Die EU gibt
106 beim Klimaschutz nur Ziele vor. Zahlen, Höchstwerte, Preise.

⁷ <https://www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/509723/vorreiter-eu-die-europaeische-klimapolitik/> aufgerufen am 23.08.2023, 15.38 Uhr.

⁸ Ibid.

⁹ Ibid.

107 Der Sinn und Zweck dieses Vorgehens liegt darin, dass man – die mitgliedstaatliche Autonomie
108 aus Art. 4 II EUV während – den Mitgliedstaaten das „Wie“ überlassen wollte. So
109 vielversprechend die unionalen Ambitionen auch klingen, sie leiden an einem zentralen Fehler:
110 Indem man 27 verschiedene Strategien der Umsetzung der Klimaziele zulässt, erhält man 27
111 verschiedene, teils stark ideologisch geprägte Antworten darauf, „Wie“ man die Klimaziele
112 erreicht, die nicht das Effizienzsteigerungspotenzial gemeinsamer Lösungen nutzen und
113 zudem teilweise auch für sich genommen klimapolitisch wenig sinnvoll erscheinen. Vielmehr
114 nehmen einige Mitgliedsstaaten ihre Umsetzungsautonomie als Vorwand dafür, zu wenige
115 effektive Maßnahmen einzuleiten, und werden ihre Klimaziele verfehlen.

116 **c. Technik**

117 Insbesondere in puncto Technikinnovationen ist eine einheitliche europäische Strategie
118 unabdingbar. Die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas und neuerdings auch von
119 chinesischen Industriemetallen, die vor allem für Windkraft und Photovoltaikanlagen genutzt
120 werden, muss mittelfristig beendet werden.¹⁰ Eine Lösung dafür ist die europäische Förderung
121 von Alternativtechnologien, die ohne chinesische Industriemetalle auskommen, sowie
122 finanzielle Anreize und Möglichkeiten, gebrauchte Industriemetalle zu recyceln.¹¹

123 Die Integration von digitalen Technologien wie Smart Grids, Internet der Dinge (IoT) und
124 künstliche Intelligenz (KI) läuft sehr schleppend innerhalb der EU. Dabei kann diese die
125 Effizienz, Flexibilität und Zuverlässigkeit des Energiemanagements erhöhen. Die EU sollte den
126 Ausbau dieser Technologien vorantreiben und Standards für ihre Interoperabilität festlegen.
127 Auch als Exportmarkt für weltweite Klimaschutzmaßnahmen kann die EU nur erfolgreich sein,
128 wenn sie zunächst eine interne Standardisierung betreibt und ihre finanziellen Ressourcen für
129 Forschungs- und Technologieförderungen bündelt, um eine technologische Führungsstellung
130 zu erreichen.

131 Außerdem sollte die EU den grenzüberschreitenden Energiehandel erleichtern und die
132 Integration der nationalen Energiemärkte fördern. Dies könnte die Effizienz steigern, die
133 Versorgungssicherheit erhöhen und den Einsatz erneuerbarer Energien optimieren. So könnte
134 beispielsweise an bestimmten Tagen überschüssige Energie aus erneuerbaren Quellen aus den
135 Niederlanden nach Deutschland gelangen, ohne dort das Netz zu überlasten oder verloren zu
136 gehen. Grenzüberschreitende Koordination ermöglicht mithin effektivere Energienutzung
137 und kommt dem Klimaschutz zugute.

138 **d. Infrastruktur**

139 Neben der Schaffung der technologischen Infrastruktur für die Energiewende beteiligt sich die
140 Union unterstützend am Ausbau der europäischen Infrastruktur für Personen- und
141 Gütertransport (Art. 170, 171 AEUV).

142 Dabei bleiben diese Maßnahmen unterstützender Art und verleihen der Union keine
143 Kompetenzen. In der europäischen Realität hat sich im Ausbau der klimafreundlichen

¹⁰ https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/europa-wirtschaft/515975/deutschlands-und-europas-abhaengigkeit-von-china/?pk_campaign=n12022-12-21&pk_kwd=515975 aufgerufen am 01.09.2023, 17.06 Uhr.

¹¹ <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/europa-kompakt-so-will-die-eu-die-abhaengigkeit-von-chinas-rohstoffen-reduzieren/> aufgerufen am 01.09.2023, 17.17 Uhr.

144 Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten zwar Einiges getan, insbesondere die
145 grenzübergreifende Vernetzung bleibt jedoch auf der Strecke. Internationale Reisen werden in
146 Europa daher nach wie vor bevorzugt mit dem Flugzeug angetreten, anstatt mit der deutlich
147 klimaschonenderen Eisenbahn.

148 Transnationale Zugverbindungen für den Personenverkehr bleiben die Ausnahme, wenn auch
149 ihre Häufigkeit zunimmt. Ein europaweites Hochgeschwindigkeitsnetz mit zügiger Verbindung
150 aller großen Metropolregionen ist derzeit in weiter Ferne. Ein wichtiger Baustein im
151 transnationalen Zugverkehr wäre auch eine anzustrebende Vereinheitlichung des
152 europäischen Schienennetzes sowie dringend notwendige Investitionen der Nationalstaaten.¹²

153 Auch der städtische Verkehr muss der Energiewende gerecht werden. Die momentane Realität
154 in den Mitgliedstaaten stellt sich jedoch so dar, dass zunehmend Autos aus den Innenstädten
155 verbannt und Parkplätze gestrichen werden, gleichzeitig der öffentliche Nahverkehr immer
156 teurer wird und die Leistungsfähigkeit beschränkt wird.¹³ Dieses Phänomen ist in mehreren
157 Mitgliedstaaten vorzufinden und zugleich ein Armutszeugnis für die Leistungsfähigkeit der
158 Mitgliedstaaten im Rahmen der Verkehrstransformation.

159 Auch in diesem Bereich erscheint die Schaffung einer Unionskompetenz geboten.

160 **III. Resümee der Forderungen und Lösungsansätze für eine effizientere europäische Klima-** 161 **und Energiepolitik**

162 Die vorgenommene Bestandsaufnahme der europäischen Klima- und Energiepolitik ist
163 ernüchternd. Die europäische Union hat sich große und lobenswerte Ziele gesetzt, aber es
164 mangelt offensichtlich an einer effizienten Umsetzung.

165 CDU und FDP betonen immer wieder, dass Energie- und Klimapolitik offen für
166 marktwirtschaftliche und dezentrale Lösungsansätze bleiben müsse. Ersterem ist unter
167 Effizienzgesichtspunkten zuzustimmen. Doch dezentrale Lösungsansätze scheinen momentan
168 mehr Misserfolg als Erfolg zu bringen: Wenn die Europäische Union bis 2050 klimaneutral
169 werden will und gleichzeitig die Energie- und Versorgungssicherheit ihrer Bürgerinnen und
170 Bürger garantieren möchte, braucht es einheitliche, europäische Umsetzungsstrategien.

171 Dies bedeutet eine klare Koordination und die Schaffung unionsrechtlicher Kompetenzen im
172 Bereich der Klima- und Energiepolitik sowie in der Infrastruktur und Technologieförderung.
173 Zwar wird diese Forderung auf harsche Kritik derer stoßen, die die mitgliedstaatliche
174 Autonomie als höchstes Gut verteidigen möchten. Wir müssen jedoch feststellen, dass die EU-
175 Strategien in puncto Klimaschutz und Energiewende nicht an ihr Ziel gelangen, wenn es 27
176 verschiedene Umsetzungspläne gibt, die teilweise nur halbherzig verfolgt werden und nicht
177 von der Effizienz gemeinsamer Strategien zehren können. Der Klimawandel verlangt
178 gemeinsame und einheitliche Lösungen.¹⁴ Erst kürzlich hat der ehemalige EZB-Chef Mario
179 Draghi in einem Interview dazu aufgerufen, der europäischen Union mehr Kompetenzen im

¹² <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schienengueterverkehr-zu-klein-zu-knapp-zu-marode-warum-das-schienennetz-kollabiert/28089116.html> aufgerufen am 01.09.2023, 17.31 Uhr.

¹³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/bus-bahn-oepnv-preissteigerung-101.html> aufgerufen am 01.09.2023, 17.32 Uhr.

¹⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-klimapolitik#einhaltung-der-zwei-grad-obergrenze> aufgerufen am 23.08.2023, 15.30 Uhr.

180 Bereich Klima und Energie zu verleihen.¹⁵ Laut Draghi sei dies der einzige Weg, effizienten und
181 erfolgreichen Klimaschutz in der europäischen Union zu garantieren.¹⁶

182 Im internationalen Vergleich stellt sich das Kompetenz-Problem erst gar nicht: Die USA, China,
183 Indien oder Brasilien setzen sich nicht aus 27 souveränen Staaten zusammen. Für diese Länder
184 ist es einfacher, nationale und effiziente Strategien mit Ergebnissen zu finden als für die
185 europäische Union. Will die EU ein klimapolitischer Globalplayer werden, muss sie den
186 energetischen und klimapolitischen Flickenteppich beenden. Doch die europäische Realität
187 stellt sich dramatisch dar: Es klingt fast schon absurd, dass Deutschland komplett aus der
188 Atomenergie aussteigt, während Frankreich mit EU-Rückendeckung jene stetig ausbaut.¹⁷
189 Gleichzeitig wird Deutschland längerfristig auf Kohle angewiesen sein und sitzt damit im selben
190 Boot wie Polen, die gut 50 % ihrer Energie aus Kohle gewinnen.¹⁸ Dies scheint unter dem
191 Gesichtspunkt des EU-Kohleausstiegs nahezu bizarr. Atomkraft ist jedoch nicht frei von
192 Kontroversen aufgrund der nuklearen Abfallentsorgung und Sicherheitsbedenken und sollte
193 nur als Übergangstechnologie genutzt werden. Wir fordern ein Durchsetzen des EU-weiten
194 Kohleausstiegs bis 2030 und einen gemeinsamen, EU-weiten Plan für den Ausstieg aus der
195 Atomkraft. Die Nutzung dieser sollte lediglich als Brückentechnologie gesehen, es sollte
196 ausschließlich die Forschung an Kernenergie der nächsten Generation, aber nicht mehr die
197 Nutzung der Technologie selbst weiter durch die EU gefördert werden.¹⁹

198 Wir fordern, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für **eine europäische**
199 **Klimakompetenz** einsetzt. Konkret bedeutet dies eine Streichung des Art. 194 II 3 AEUV.

200 Gleichzeitig muss sich dafür eingesetzt werden, dass Technologieoffenheit in der EU besteht,
201 die es ermöglicht, eine breite Palette von Energiequellen und -technologien zu erforschen und
202 zu nutzen. Wir unterstützen die Förderung von erneuerbaren Energien wie Solar, Wind,
203 Geothermie und Wasserkraft, aber auch für fortschrittliche Technologien wie Kernenergie der
204 nächsten Generation sowie saubere Nutzung fossiler Brennstoffe durch fortschrittliche
205 Abfang- und Speichertechnologien.

206 Hinzu kommt, dass die EU erhebliche Fortschritte erzielen könnte, indem sie verstärkt auf
207 Energiepartnerschaften setzt.²⁰ Diese Partnerschaften könnten nicht nur zur Sicherung der
208 Energieversorgung beitragen, sondern auch zur Förderung von nachhaltigem Wachstum,
209 Technologieentwicklung und internationaler Zusammenarbeit.

210 Ebenso sollte die EU nach außen hin eine energische und fordernde Rolle einnehmen. Sie sollte
211 ihre globalen Partner ermutigen, ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen und sich
212 verstärkt für eine gerechte Energiewende einzusetzen. Die EU könnte eine aktive Rolle bei

¹⁵https://www.repubblica.it/economia/2023/09/06/news/la_ricetta_di_draghi_per_lue_servono_nuove_regole_e_piu_sovranita_condivisa-413536872/?rss&utm_source=dlvr.it&utm_medium=linkedin aufgerufen am 07.09.2023, 23.17 Uhr.

¹⁶ Ibid.

¹⁷ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/75140/energiemix-nach-staaten/> aufgerufen am 23.08.2023, 16.53 Uhr.

¹⁸ Ibid.

¹⁹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus247341858/Deutschland-Pakt-Acht-Lehrstuehle-fuer-Kernforschung-aber-173-Lehrstuehle-fuer-Genderforschung.html> aufgerufen am 09.09.2023, 19:10 Uhr.

²⁰ https://publications.rifs-potsdam.de/rest/items/item_4085890_11/component/file_4085893/content aufgerufen am 09.09.2023, 19:20 Uhr.

213 internationalen Verhandlungen und Abkommen spielen, um eine globale Strategie für
214 Klimaschutz, erneuerbare Energien und nachhaltige Wärme zu fördern.

215 Diese globale Strategie sollte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und eine faire
216 Lastenverteilung zwischen entwickelten und aufstrebenden Volkswirtschaften gewährleisten.

217 Indem die EU nach innen geschlossen agiert und nach außen hin stärker fordernd auftritt,
218 könnte sie nicht nur zur Bewältigung der drängenden Umweltprobleme beitragen, sondern
219 auch zur Schaffung von neuen wirtschaftlichen Chancen und zur Sicherung einer nachhaltigen
220 Zukunft für kommende Generationen.

221 Die Folgen des Klimawandels sind jedes Jahr deutlicher spürbar. Ob Überflutungen,
222 Hitzeperioden, schwere Unwetter oder Waldbrände: Kein Land Europas bleibt verschont.
223 Nationale Alleingänge, die von Ideologien getrieben werden, müssen ein Ende finden. Die
224 europäische Klimapolitik muss ihren Namen verdienen. Das geht nur mit einer einheitlichen,
225 von einer Kompetenz getragenen, europäischen Strategie.